

### Rechtsgrundlagen

Für die Verfahrensplanung, die Festsetzungen des Bebauungsplans und der öffentlichen Bauvorschriften gelten folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 2634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.02.2022 (BGBl. I S. 67)
- Bauordnungsverordnung (BaunVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.10.2017 (BGBl. I S. 3788), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.02.2022 (BGBl. I S. 1902), zuletzt nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet
- Verordnung über die Ausbeutung der Baugruben und die Denkmäler der Planarität - Planaritätverordnung (PlanV) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58)
- Zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14.02.2022 (BGBl. I S. 1902) - zuletzt nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet
- Baurechtschutzgesetz (BaurechtSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2424)
- Zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.02.2021 (BGBl. I S. 3908)
- Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPfG) i.d.F. vom 10.03.2021 (BGBl. I S. 3908)
- Zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.02.2021 (BGBl. I S. 4147) - zuletzt nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchG) vom 17.03.1989 (BGBl. I S. 802)
- Zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 300)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.d.F. vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 2721) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 300)
- Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV) i.d.F. vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 4458) - zuletzt nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet
- Zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.02.2021 (BGBl. I S. 4458)
- Gesetz über Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 07.07.2009 (BGBl. I S. 2588), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18.02.2021 (BGBl. I S. 390)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.02.2021 (BGBl. I S. 390)
- Hessisches Naturschutzgesetz (HessNatSchG) vom 20.12.2010 (GVBl. I/2010 S. 626), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 07.05.2020 (GVBl. I S. 318)
- Hessische Bauordnung (HBO) vom 26.05.2018 (GVBl. I/2018 S. 198)
- Zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.02.2021 (GVBl. I S. 379)
- Hessische Wasserzugesetz (HWZG) vom 14.12.2019 (GVBl. I/2019 S. 546)
- Zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30.09.2021 (GVBl. I S. 602)
- Hessisches Denkmalschutzgesetz (HessDSchG) vom 18.11.2016 (GVBl. I/2016 S. 211)
- Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I/2005 S. 142), Geltungsdauer des 27. Abs. 4 verliert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11.12.2020 (GVBl. I S. 915)

### Teil B - 1. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)

Die Bereiche A1, A2, B1 und B2 sind im Planfeld A eingetrag.

1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 bis 15 BauVO)  
 1.1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA, § 4 BauVO)  
 in der Verengung des Gebietes dienend, Läden,  
 • nicht ständige Handwerksbetriebe,  
 • Anlagen für kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,  
 • Anlagen für sportliche Zwecke,  
 • Betriebe des Lebensmittelgewerbes, sonstige nicht ständige Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tierärzten.

1.2 Mäß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 bis 21a BauVO)  
 1.2.1 Grundflächenzahl (GRZ)  
 Die Grundflächenzahl (GRZ) wird nach § 16 Abs. 2, 17 und 19 Abs. 1 bis 4 BauVO für das allgemeine Wohngebiet (WA) mit 0,35 festgesetzt.  
 Die zulässige Grundfläche darf durch die Grundflächen von Garagen, Stellplätzen mit ihren Zufahrten, von Nebenräumen im Sinne des § 14 BauVO sowie von baulichen Anlagen umher der Gebäudefläche, durch die das Baugrundstück begrenzt untersteht, im allgemeinen Wohngebiet (WA) bis zu einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,5 überschritten werden.

1.2.2 Geschöllflächenzahl (GFZ)  
 Die Geschöllflächenzahl (GFZ) wird nach § 16 Abs. 2 und § 17 sowie § 20 Abs. 1 bis 4 BauVO für das allgemeine Wohngebiet (WA) mit 0,7 festgesetzt.

1.2.3 Zahl der Vollgeschosse  
 Die Zahl der Vollgeschosse wird nach § 17 Abs. 1 sowie § 20 Abs. 1 BauVO für das allgemeine Wohngebiet (WA) mit max. 1 (zwei) festgesetzt.

1.3 Höhe baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 bis 21a BauVO)  
 Die maximale Firsthöhe (FH) max. wird entsprechend der Plananzordnung für das allgemeine Wohngebiet (WA), Bereich A1 mit 9,00 m, für die Bereiche A2 und B1 mit 10,00 m für den Bereich B2 mit 11,00 m festgesetzt.  
 Unter Berücksichtigung der Höhenangaben in der Planzeichnung ist die Höhenangabe 0,0 m bis zum höchsten Punkt der Dachhaut.  
 Eine Abgrenzung zur Bestimmung der Kellergrößen sowie einer Tiefe von max. 2 m und einer Länge von max. 10 m der Fassadenbreite bleibt bei der Bemessung der Firsthöhe außer Betracht.

1.4 Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22 Abs. 1 BauVO)  
 1.4.1 in allgemeinen Wohngebiet (WA), Bereiche A1 und B1, sind in abwechslender Bauweise gem. § 22 Abs. 1 BauVO nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig, wobei unter Einhaltung der seitlichen Festsetzung Ziffer 1.2 die stufenförmige Anlage eines Einzelhauses max. 20 m betragen darf. Ansonsten gelten die Vorschriften der Vorvorlage für Einfamilienhäuser gem. § 22 Abs. 2 BauVO.

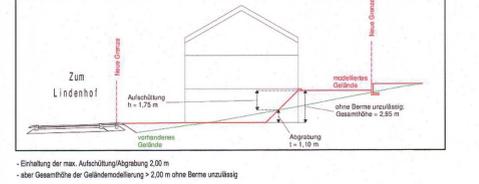
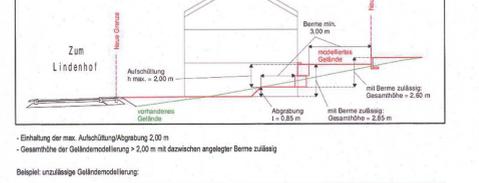
1.4.2 in allgemeinen Wohngebiet (WA), Bereiche A2 und B2, sind in abwechslender Bauweise gem. § 22 Abs. 4 BauVO nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig, wobei unter Einhaltung der seitlichen Festsetzung Ziffer 1.2 die stufenförmige Anlage eines Einzelhauses max. 20 m und die stufenförmige Länge einer Doppelhaushälfte max. 10 m betragen darf. Ansonsten gelten die Vorschriften der offenen Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauVO.

1.5 Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)  
 Die Grundstücksflächen sind nur innerhalb der Baugrenzen bebaubar (§ 23 Abs. 3 BauVO).  
 Befestigte Terrassen sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Ausnahmen zur Bebaubarkeit der Grundstücksflächen sind in den Ziffern 1.8 und 1.9 aufgeführt.

1.6 Anordnungen der Baugrenzen innerhalb überbaubarer Grundstücksfläche (§ 23 Abs. 3 BauGB)  
 Ein Überschreiten der Baugrenzen durch überstehende und nicht überstehende Terrassen sowie durch Wintergärten bis zu einer Tiefe von 1,50 m und einer Breite von 5,00 m ist mit einem Mindestabstand von 1 m zum Nachbargrundstück zulässig.  
 Ein Überschreiten der Baugrenzen mit untergehenden Balkonen, § 9 Abs. 4 HBO (z.B. Hausangabengärten) und deren Überdachungen, Erker und Balkone, die insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der jeweiligen Außenwand in Anspruch nehmen, ist bei nicht mehr als 1,50 m für die Außenwand zulässig, ist mit einem Mindestabstand von 1 m zum Nachbargrundstück zulässig.

1.7 Aufschaltungen und Abgraben sowie Geländemodifizierung, -änderung und -anpassung der Baugrubenflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 2 BauGB)  
 1.7.1 innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA), Bereiche A1 und B2, sind zur Geländemodifizierung, -änderung und -anpassung bis zu einer max. Höhe/Tiefe von insgesamt max. 2,00 m bezogen auf die ursprüngliche Geländeoberfläche zulässig.  
 • Aufschaltungen und Abgraben,  
 • Aufstellungen im Planfeld bestehendes Übersichtsmauern,  
 • Baugeschürungen / Geländeerhöhungen und -senkungen mit Füllungen, Schotterbetten (Gäbionen), Naturstein- und Trockenmauern, Füllwänden und Mauerwerksteinen sowie  
 • Geländeerhöhungen durch Schichten mit einem Neigungsmaß von 1:1,5 - 1:1  
 durch, sofern diese die Standsicherheit des Straßensystems nicht beeinträchtigen und die Höhenfestsetzung in Ziffer 1.7.2 einhalten.  
 Bei über- oder hinterstehender Geländemodifizierung, -änderung und -anpassung mit einer Gesamthöhe von > 2,00 m ist zwischen den Baugruben eine horizontale Stütz- oder Absatz- in der Geländemodifizierung auszuführen. Die Breite einer Seite muss hierbei mindestens 3,00 m betragen.  
 Beispiel: zulässige Geländemodifizierung

1.7.2 innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) haben stufenförmige Geländeerhöhungen mit Füllungen, Schotterbetten (Gäbionen), Naturstein- und Trockenmauern, Füllwänden und Mauerwerkstein einen Abstand zur Straßeneingangsfläche von mind. 0,5 m einzuhalten. Im Bereich zwischen 0,5 m- und 1,0 m-Absatz zur Straßeneingangsfläche sind die stufenförmigen Geländeerhöhungen nur bis zu einer Gesamthöhe von max. 0,80 m bezogen auf die Höhe der Straßeneingangsfläche zulässig, sofern diese die Standsicherheit des Straßensystems nicht beeinträchtigen.  
 Beispiel: unzulässige Geländemodifizierung



1.8 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie Anordnungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

1.8.1 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie Anordnungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

1.8.2 innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) haben stufenförmige Geländeerhöhungen mit Füllungen, Schotterbetten (Gäbionen), Naturstein- und Trockenmauern, Füllwänden und Mauerwerkstein einen Abstand zur Straßeneingangsfläche von mind. 0,5 m einzuhalten. Im Bereich zwischen 0,5 m- und 1,0 m-Absatz zur Straßeneingangsfläche sind die stufenförmigen Geländeerhöhungen nur bis zu einer Gesamthöhe von max. 0,80 m bezogen auf die Höhe der Straßeneingangsfläche zulässig, sofern diese die Standsicherheit des Straßensystems nicht beeinträchtigen.

1.8.3 Bepflanzungen nach § 9 Abs. 2 BauGB sind im allgemeinen Wohngebiet (WA) auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sowie stufenförmige Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) zulässig. Dies gilt auch für klimaschutzfördernde Bepflanzungen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien.

1.10 Zahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)  
 im allgemeinen Wohngebiet (WA), Bereiche A1 und B1, sind je Einzelhaus max. 1 Wohnung und im Bereich A2 je Einzelhaus max. 2 Wohnungen und je Doppelhaushälfte max. 1 Wohnung zulässig. Im allgemeinen Wohngebiet (WA), Bereich B2, sind je Einzelhaus max. 1 Wohnung und je Doppelhaushälfte max. 2 Wohnungen zulässig.

1.11 Flächen für die Rückhaltung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)  
 innerhalb der Fläche für die Rückhaltung von Niederschlagswasser sind folgende Anforderungen zu berücksichtigen:  
 • Anlagen zur Ableitung, Rückhaltung oder Verdrängung von unversickerndem Niederschlagswasser,  
 • Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen,  
 • Erhöhungen, Abgräbungen, Aufschaltungen und Geländemodifizierungen sowie  
 • für die Umsetzung des Regenabflusses erforderliche Entwässerung in einer Stelle von 3,0 m und dessen Zufuhr (Befüllbehälter und -zufuhr sind mit Schotterstein oder Regenüberlaufkanal herzustellen).  
 Für Anlagen zur Rückhaltung von Niederschlagswasser sind Abmessungen mit der Umwelt Wasserbehörde abzustimmen.

1.12 Öffentliche Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)  
 Die öffentlichen Grünflächen sind im Planfeld A eingetragen und festgesetzt. Die Grünflächen sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu pflegen und zu erhalten.  
 Zulässig sind:  
 • Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen,  
 • belästigte und unbefestigte Wegeflächen,  
 • Entwürfen, Aufschaltungen, Abgräbungen und Geländemodifizierungen sowie  
 • Bepflanzung mit wasserunschädlichen Materialien und einer zulässigen Gesamthöhe von max. 300 cm.

1.13 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie Anordnungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

1.13.1 Maßnahmen M 1 O: Die im südwestlichen Geländebereich vorgesehenen Rücksichtflächen sind in möglichst naturnaher Ausbildung herzustellen:  
 • Ausbildung in Erdbecken,  
 • strukturelle Bodenreife,  
 • keine Abdeckung der Sohle mit Oberboden, Getriebelack oder Substraten.  
 Entlang der Planzeichnung vorgesehenen Baumstämme dienen nur der Visualisierung und sind nicht bindend.

1.13.2 Maßnahme M 2 O P: Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind Stellplätze und ihre Zufahrten, Zufahrten zu Garagen, Hauszugang und Gartenweg ausschließlich mit wasserunschädlichen Materialien herzustellen. Stellplätze sind in öffentlichen Grünflächen sind ebenfalls mit wasserunschädlichen Materialien herzustellen.

1.13.3 Maßnahme M 3 O: Die nicht als Stellplatz vorgesehenen Bereiche der entlang der öffentlichen Grünflächen vorgesehenen öffentlichen Grünflächen sind als Vegetationsflächen anzulegen, naturnah zu gestalten und dauerhaft zu pflegen.  
 Hierzu sind Gehölze aus standortgerechten Gehölzarten und eine mindestens einjährige Strauchhecke entlang der südlichen Grenze aus standortgerechten Sträuchern gem. der angegebenen Gehölzliste auf einer Gesamtfläche von mindestens 300 m<sup>2</sup> anzulegen.  
 In den Flächen zwischen einzelnen Stellplätzen bzw. Stellplatzgruppen ist eine Reihe aus Mehrkörperlern Laubbäumen gem. beigefügter Gehölzliste anzupflanzen.  
 Die in der Planzeichnung vorgesehenen Baumstämme dienen nur der Visualisierung und sind nicht bindend.  
 Die in der Gehölzliste bestimmten Flächen sind einer laub- und blütenreichen, standortgerechten Baumauswahl auszuwählen und zu einer extensiv gepflegten Grün- und Kleinfeld zu entwickeln.

### Teil B - 1. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB)

1.8 Stellplätze, Garagen und Nebenräume (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. §§ 12, 14 und 23 Abs. 5 BauVO)  
 1.8.1 Stellplätze, überdachte Stellplätze (Carports), Garagen und deren Zufahrten sind innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA) auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, wobei zwischen Garagen und öffentlichen Verkehrsflächen ein Abstand von mind. 0,50 m einzuhalten ist. Garagen sind zwischen straßenbegleitender Baugruben- und Straßeneingangsfläche nicht zulässig. Bei öffentlich angelegten und genehmigten Carports ist ein Abstand zur öffentlichen Verkehrsfläche von min. 1,00 m einzuhalten.  
 Einbautüren und hoch geneigte Dächer von Garagen und Carports mit einer Neigung von 0° - 25° und mit mindestens 8 m Substrat bedeckt untersteht zu begründen (siehe bauplanungsrechtliche Festsetzung Ziffer 1.13.3. Maßnahme M 3 O). Außenräume können in Einzelfall zugelassen werden, wenn eine Dachbegrenzung nachweislich erhebliche bauliche Mehraufwendungen zur Folge hat, z.B. wenn das Garagengrundstück Teil des Hauptgrundstücks ist.

1.8.2 Garagen- und Gewerbehallen im allgemeinen Wohngebiet (§ 14 Abs. 1 BauVO) sind im allgemeinen Wohngebiet (WA) auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, zwischen straßenbegleitender Baugruben- und Straßeneingangsfläche jedoch unzulässig. Einbautüren und Stellplätze für Sammelbehälter (Müll-Wasserbehälter) im allgemeinen Wohngebiet (§ 14 Abs. 1 BauVO) sind im allgemeinen Wohngebiet (WA) auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

1.8.3 Nebenräume nach § 9 Abs. 2 BauGB sind im allgemeinen Wohngebiet (WA) auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zwischen straßenbegleitender Baugruben- und öffentlicher Verkehrsfläche zulässig. Dies gilt auch für klimaschutzfördernde Bepflanzungen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien.

1.10 Zahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)  
 im allgemeinen Wohngebiet (WA), Bereiche A1 und B1, sind je Einzelhaus max. 1 Wohnung und im Bereich A2 je Einzelhaus max. 2 Wohnungen und je Doppelhaushälfte max. 1 Wohnung zulässig. Im allgemeinen Wohngebiet (WA), Bereich B2, sind je Einzelhaus max. 1 Wohnung und je Doppelhaushälfte max. 2 Wohnungen zulässig.

1.11 Flächen für die Rückhaltung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)  
 innerhalb der Fläche für die Rückhaltung von Niederschlagswasser sind folgende Anforderungen zu berücksichtigen:  
 • Anlagen zur Ableitung, Rückhaltung oder Verdrängung von unversickerndem Niederschlagswasser,  
 • Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen,  
 • Erhöhungen, Abgräbungen, Aufschaltungen und Geländemodifizierungen sowie  
 • für die Umsetzung des Regenabflusses erforderliche Entwässerung in einer Stelle von 3,0 m und dessen Zufuhr (Befüllbehälter und -zufuhr sind mit Schotterstein oder Regenüberlaufkanal herzustellen).  
 Für Anlagen zur Rückhaltung von Niederschlagswasser sind Abmessungen mit der Umwelt Wasserbehörde abzustimmen.

1.12 Öffentliche Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)  
 Die öffentlichen Grünflächen sind im Planfeld A eingetragen und festgesetzt. Die Grünflächen sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung zu pflegen und zu erhalten.  
 Zulässig sind:  
 • Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen,  
 • belästigte und unbefestigte Wegeflächen,  
 • Entwürfen, Aufschaltungen, Abgräbungen und Geländemodifizierungen sowie  
 • Bepflanzung mit wasserunschädlichen Materialien und einer zulässigen Gesamthöhe von max. 300 cm.

1.13 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) sowie Anordnungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

1.13.1 Maßnahmen M 1 O: Die im südwestlichen Geländebereich vorgesehenen Rücksichtflächen sind in möglichst naturnaher Ausbildung herzustellen:  
 • Ausbildung in Erdbecken,  
 • strukturelle Bodenreife,  
 • keine Abdeckung der Sohle mit Oberboden, Getriebelack oder Substraten.  
 Entlang der Planzeichnung vorgesehenen Baumstämme dienen nur der Visualisierung und sind nicht bindend.

1.13.2 Maßnahme M 2 O P: Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind Stellplätze und ihre Zufahrten, Zufahrten zu Garagen, Hauszugang und Gartenweg ausschließlich mit wasserunschädlichen Materialien herzustellen. Stellplätze sind in öffentlichen Grünflächen sind ebenfalls mit wasserunschädlichen Materialien herzustellen.

1.13.3 Maßnahme M 3 O: Die nicht als Stellplatz vorgesehenen Bereiche der entlang der öffentlichen Grünflächen vorgesehenen öffentlichen Grünflächen sind als Vegetationsflächen anzulegen, naturnah zu gestalten und dauerhaft zu pflegen.  
 Hierzu sind Gehölze aus standortgerechten Gehölzarten und eine mindestens einjährige Strauchhecke entlang der südlichen Grenze aus standortgerechten Sträuchern gem. der angegebenen Gehölzliste auf einer Gesamtfläche von mindestens 300 m<sup>2</sup> anzulegen.  
 In den Flächen zwischen einzelnen Stellplätzen bzw. Stellplatzgruppen ist eine Reihe aus Mehrkörperlern Laubbäumen gem. beigefügter Gehölzliste anzupflanzen.  
 Die in der Planzeichnung vorgesehenen Baumstämme dienen nur der Visualisierung und sind nicht bindend.  
 Die in der Gehölzliste bestimmten Flächen sind einer laub- und blütenreichen, standortgerechten Baumauswahl auszuwählen und zu einer extensiv gepflegten Grün- und Kleinfeld zu entwickeln.

1.13.4 Maßnahme M 7 P: Das auf den befestigten Flächen des allgemeinen Wohngebietes (WA) anfallende Regenwasser ist im Zuge einer nachhaltigen Niederschlagswasserwirtschaft (Niederschlagswasserentlastung) durch Regenwasser- oder Regenwasser-Entlastung in einen Vorlaufbehälter zu lagern. Die Regenwasserentlastung (z.B. Zonen, Müden, Gaben, Rigole) sind so zu bemessen, dass ein Rückhaltevolumen von 10 l/m<sup>2</sup> abflussfähiger Fläche (begriffene Dachflächen sind hiervon ausgenommen) bereitgestellt werden kann. Nebenräume können an den öffentlichen Regenwasserkanal angeschlossen werden. Die Rückhalteflächen sollen zur Beseitigung des erforderlichen Rückhaltevolumens auch kombiniert werden.

1.13.5 Maßnahme M 8 P: Flachdächer und hoch geneigte Dächer von Garagen und Carports mit einer Neigung von 0° - 25° und mit mindestens 8 m Substrat bedeckt untersteht zu begründen. Ansonsten können neben und oberhalb in Festsetzung Ziffer 1.8.1 aufgeführt.

1.13.6 Maßnahme M 9 P: Eine Verengung sowie eine Einbaueinheit aufbauend mit mineralischem Substrat (z.B. Stein-, Kies, Kieselgeröl) der gemäß bauplanungsrechtlicher Festsetzung Ziffer 2.6 gleichwertig anzugebenden unversickernden Grundstücksfläche ist zulässig.

1.13.7 Maßnahme M 10 P (Anstandsrechtliche Erfordernisse i.V.m. § 44 ff. BImSchG): Im Vorfeld der Baumaßnahme ist die Notwendigkeit der nachfolgend beschriebenen präventiven Vermeidungsmaßnahmen von einem Fachgutachter vor Ort zu überprüfen. Wird eine Notwendigkeit gesehen, ist während der Baumaßnahme entlang der Grundstücksfläche ein entsprechendes Fachwissen zu tätigen. Das Team ist im Falle der Baumaßnahme im Bereich unterirdischer Versorgungsleitungen (z.B. Wasser, Gas, Strom, Fernwärme, Abwasser, Kanalisation, etc.) im Bereich der Baumaßnahme zu informieren. Die genaue Art, Lage und Ausdehnung der Versorgungsleitungen ist im Vorfeld durch die Bauplanungsbehörde zu ermitteln, auszuwerten und in Zuge der Baumaßnahme zu überwachen.

### Teil B - 2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 HBO)

2.1 Dachform und Dachneigung  
 Für Hauptgebäude sind geneigte Dächer mit einer Dachneigung von 15° bis 40° zulässig. Für Dachböden, Garagen, überdachte Stellplätze und freistehende, untergeordnete Nebenbauten sind auch andere Dachformen und Dachneigungen zulässig.

2.2 Dachabstand und Dachschneitend  
 Dachabstände und Dachschneitend dürfen in der Summe ihrer Einbauten 50 % der Gebäudehöhe (pro Fassade) nicht überschreiten.

2.3 Dachneigung  
 Auf den Dächern sind Einrichtungen für den Einsatz erneuerbarer Energien wie insbesondere Solar- und Fotovoltaikanlagen sowie extensive Dachbegrünung zulässig.

2.4 Einfriedungen  
 Einfriedungen sind in transparenter Form herzustellen, eine Höhebegrenzung transparenter Einfriedungen ist zulässig. Die Gesamthöhe der Einfriedungen (ggf. inkl. Sonnenschutz) darf die Gebäudehöhe nicht überschreiten. Die Einfriedungen sind so zu bemessen, dass ein Rückhaltevolumen von 10 l/m<sup>2</sup> abflussfähiger Fläche (begriffene Dachflächen sind hiervon ausgenommen) bereitgestellt werden kann. Nebenräume können an den öffentlichen Regenwasserkanal angeschlossen werden. Die Rückhalteflächen sollen zur Beseitigung des erforderlichen Rückhaltevolumens auch kombiniert werden.

2.5 Bereich für Sammelbehälter  
 Ein Bereich für Müll- und Wasserbehälter sind mit mindestens Anlagen (z. B. Piegeln oder Palisaden) und/oder geeigneten immersiven Pflanzen und/oder Kletterpflanzen auszustatten gegen Sicht abzusichern.

2.6 Nutzung, Gestaltung und Bepflanzung der Grundstücksflächen  
 Maßnahme M 4 P: Die unversickernden Grundstücksflächen sind als Garten- oder Grünflächen anzulegen und zu pflegen. Mindestens 15 % der nicht überbauten Grundstücksflächen sind mit Bäumen und Gehölzen zu bepflanzen, insbesondere entlang von Grundstücksrändern zur freien Landschaft. Für einen angelegten Laubbäumen-Hochstamm ist ein Flächenanteil von 10-15 m<sup>2</sup> gem. der beigefügten zukünftigen Kronenbedeckung) anzusetzen. Es sind vorzugsweise Bäume und Gehölze aus der Gehölzliste in Anlage anzusetzen.  
 Auf jedem Grundstück ist je angelegter 300 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche ein Mehrkörperlern Laub- oder Blau-Baum anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Es sind vorzugsweise Bäume in Ordnung aus der Gehölzliste (z. B. T. B. Ziffer 1.17) anzusetzen.  
 Alle Pflanzen sind spätestens im folgenden Jahr der Bepflanzung anzugeben und dauerhaft zu pflegen.

### Teil B - 3. Empfehlungen und Hinweise

1.1 Notwendigkeit der Baumaßnahmen  
 Es gilt die Satzung der Kreisstadt Hofheim am Taunus über Stellplätze oder Garagen für Kraftfahrzeuge (Stellplatzsatzung) in der jeweils gültigen Fassung.

1.2 Dringewasser  
 Eine Abklärung von häuslichem Dringewasser in die öffentliche Kanalisation ist untersagt.

1.3 Rückhaltefläche  
 Gegen den Rückbau des Abwassers aus Kanälen hat sich jeder Grundstückseigentümer selbst nach den jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik zu schützen. Als Rückhaltefläche gilt die Straßenecke der Anließstraße.

1.4 Erdabstufung  
 Die Außenmaße der Baugruben sind -soweit möglich- zur Geländemodifizierung der Freiflächen und der Außenmaße innerhalb des Baugrubes zu verwenden (z.B. Entwürfen für anliegendes Mauerwerk und Bodenbeläge). Bei Bodenarbeiten, wie z.B. Bodenlager, Lagerung und Höhenveränderung, sind die Vorgaben nach § 202 BaunVO in Verbindung mit DIN 18915 zu beachten.  
 Sollten im Zuge der Erdarbeiten Auffälligkeiten bei den Entwürfen bezüglich Zusammenbau, Fällung, Gänge usw. auftreten, so ist unverzüglich ein Gutachter hinzuzuziehen.  
 Eine Verdichtung des Bodens im Bereich der zentralen Nutzfläche, z.B. durch Bäume, ist durch geeignete Maßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren. Bei Rückführung anstehender Böden und bei angelegtem Boden sind die Anforderungen der Verordnungen vom 17.04.2014 (BAnz 2014 S. 2118) zu berücksichtigen.  
 Aufgrund der Erkenntnisse des unmittelbaren Kurzbereichs der Ingenieurgebietshilfe Prof. Curda und Partner (Projekt-Nr. B15153-1) vom 10.10.2019 sind hierbei zu berücksichtigen, was die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.5  
 Der im Rahmen der Maßnahme erforderliche Erdarbeiten zur Erdabstufung, ist nach den Vorgaben der Probenahmeanleitung LAGA PH 98 - Richtlinien für das Vorgehen bei physikalischen, chemischen und biologischen Untersuchungen in Zusammenhang mit der Verwertung von Abfällen unter Berücksichtigung der Handlungsanleitung zur Anweisung der LAGA-Mitteilung 32 LAGA PH 98, Download unter: [https://www.laga.de/medien/32\\_laga\\_ph\\_98.pdf](https://www.laga.de/medien/32_laga_ph_98.pdf) zu berücksichtigen. Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.6  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.7  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.8  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.9  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.10  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.11  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.12  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.13  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.14  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.15  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.16  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.17  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.18  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.19  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.20  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.21  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.22  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.23  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.24  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.25  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.26  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.27  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.28  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.29  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.30  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.31  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.32  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.33  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.34  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.35  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.36  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.37  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.38  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.39  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.40  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.41  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.42  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.43  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.44  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.45  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.46  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.47  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.48  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.49  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.50  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.51  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.52  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.53  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.54  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.55  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.56  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.57  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.58  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.59  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.60  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.61  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.62  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.63  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.64  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.65  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.66  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.67  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.68  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.69  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.70  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.71  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.72  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.73  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.74  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.75  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.76  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.77  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.78  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.79  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.80  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.81  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.82  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Abklärung IV Umwelt Wiesbaden - mittelgroße Punkte, zu beachten).

1.83  
 Die Anforderungen an die Baugrubensicherung (z.B. Ab